

# Tätigkeitsbericht Medinetz Hannover e.V. 2016 bis 2018

Der Verein Medinetz Hannover hat es sich zum Ziel gesetzt, die öffentliche Gesundheitspflege zu fördern und Menschen ohne Krankenversicherung und ohne Zugang zum Gesundheitssystem zu unterstützen. Dies setzten wir in den drei aufgeführten Kalenderjahren um, indem wir gesundheitliche Beratung anboten und hilfsbedürftigen, in Deutschland lebenden Menschen praktisch und materiell halfen, eine medizinische Versorgung zu erlangen. So war in allen drei aufgeführten Kalenderjahren die Weitervermittlung an kooperierende ÄrztInnen ein wesentlicher Bestandteil unserer täglichen Arbeit. Neben der gesundheitlichen Beratung und Vermittlung übernehmen wir anfallende medizinische Kosten (Labor-, Untersuchungs- und Behandlungskosten) und kooperieren eng mit verschiedenen Flüchtlingsinitiativen wie beispielsweise Kargah e.V. oder der Refugee Law Clinic, um wichtige rechtliche Fragen der Betroffenen zu klären. Da der Großteil unserer kooperierenden ÄrztInnen die Betroffenen unentgeltlich behandelt, können wir die Ausgaben im ambulanten Bereich begrenzt halten. Zeitlich gesehen, nimmt die Vermittlungsarbeit dagegen einen relativ großen Anteil unserer Arbeit in Anspruch. Wir teilen uns diese Arbeit in einwöchigen Diensten, in denen jeweils ein Vereinsmitglied Anrufe annimmt, Arzttermine ausmacht, notwendige Informationen weitergibt und zu weiteren Anlauf- und rechtlichen Beratungsstellen vermittelt. Bei unseren wöchentlichen Treffen besprechen wir im Team die aktuellen Fälle und planen das weitere Vorgehen. Zusätzlich kommen aber immer wieder Patient\*innen auf uns zu, die eine stationäre Krankenhausbehandlung benötigen. Die Kosten für eine solche Behandlung ist sehr hoch und unser Verein ist nicht immer in der Lage den betroffenen Menschen zu helfen, da die Spendeneinnahmen sehr stark variieren.

Der Großteil der Menschen, die uns aufsuchen, haben akute Beschwerden und Schmerzzustände. Eine weitere große Gruppe sind Schwangere Patientinnen. Der kleinere Teil der Hilfesuchenden kommt mit chronischen Erkrankungen.

Neben der medizinischen Arbeit nahm im Laufe der letzten Jahre auch die Öffentlichkeitsarbeit und die politische Arbeit einen zunehmend wichtigen Anteil unseres ehrenamtlichen Engagements ein. Die Entscheidung zur Ausweitung dieser Bereiche trafen wir, nachdem bei Gesprächen mit Krankenhauspersonal, ÄrztInnen und Betroffenen deutlich wurde, dass der Mangel an Informationen immer wieder zu vermeidbaren, eklatanten Schwierigkeiten führt. So folgte beispielsweise aus einer Unsicherheit in Bezug auf rechtliche Regelungen die Abweisung erkrankter Menschen ohne

Krankenversicherung – selbst in Notfällen. Wir möchten dem medizinischen Personal, welches immer wieder mit solchen Situationen konfrontiert wird, mehr Sicherheit im Umgang mit PatientInnen ohne Krankenversicherung verschaffen.

Aus diesem Grund gestalteten wir 2017 das Modul Public Health mit, welches als Teil der Ausbildung, angehende Mediziner auf den Umgang mit PatientInnen ohne Krankenversicherung vorbereiten soll.

Neben dem Personenkreis, welcher direkt mit Betroffenen arbeitet, soll eine breitere Öffentlichkeit über die Situation hilfsbedürftiger MigrantInnen informiert und sensibilisiert werden. Diesen Zielen kamen wir in den letzten drei Jahren durch verschiedene Veranstaltungen und Informationsangebote näher.

2016 beendeten wir das Projekt Lampedusa, eine Reihe von szenischen Lesungen, die die Zuhörer sensibilisieren sollte. Wir waren außerdem bei Veranstaltungen (,Festival contre le Racisme', Weihnachtsmarkt, 1. Mai Fest, weitere) mit Informationsständen vertreten, organisierten mit anderen Akteur\*innen zusammen eine Ausstellung im ,Pavillon' zum Tag der Menschenrechte, machten auf Benefizkonzerten auf das Thema aufmerksam und beteiligten uns an der Parade We'll come united in Hamburg.

Für unsere politische und beratende Arbeit ist zudem eine enge Vernetzung und ein kontinuierlicher Austausch mit anderen Organisationen, Vereinen und Beratungsstellen bedeutend. So führen wir zusammen mit der Diakonie aktuell Gespräche mit Krankenhäusern, um eine Versorgungsstruktur für Geburten von nicht-krankenversicherten Frauen zu etablieren. Wir vernetzten uns beispielsweise auf dem Bundeskongress der Medinetze und nahmen am Treffen der Bundesarbeitsgruppe Illegalität teil.